

Medienmitteilung

Die Schweiz unter der Lupe des Uno-Menschenrechtsrats **NGO-Koalition zufrieden mit ersten Schritten, doch weitere Verbesserungen sind notwendig**

Genf 8. Mai 2008. Die Menschenrechtspolitik der Schweiz wurde heute in Genf erstmals im Rahmen der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) durch den Uno-Menschenrechtsrat untersucht. Die Schweizer NGO-Koalition begrüsst den konstruktiven Dialog. Die Befragung hat die bestehenden Defizite und Probleme der Schweizer Menschenrechtspolitik aufgezeigt. Zahlreiche Länder äusserten sich besorgt über die Migrationspolitik, den Rassismus und die fremdenfeindlichen Tendenzen gewisser politischer Kampagnen. Die Schweiz wurde dazu aufgefordert, ihre Verpflichtungen in diesem Bereich einzuhalten. Einig waren sich die Länder auch darin, dass die Schweiz umgehend eine nationale Menschenrechtsinstitution gemäss den Empfehlungen der Vereinigten Nationen schaffen sollte. Die NGO-Koalition, die einen Mitbericht zur Menschenrechtssituation in der Schweiz verfasst hat, erwartet vom Bundesrat, dass die Empfehlungen ernst genommen und umgesetzt werden.

Die NGO-Koalition ist grundsätzlich zufrieden mit der heutigen Befragung durch den Uno-Menschenrechtsrat und begrüsst die konkreten Empfehlungen, welche die Schweiz von gewichtigen Ländern erhalten hat. Zahlreiche Staaten haben die Schweiz für ihr Engagement im internationalen Rechtssystem der Uno gelobt. Gleichzeitig forderten die Staaten die Schweiz dazu auf, umgehend eine nationale Menschenrechtsinstanz zu schaffen und einen nationalen Aktionsplan zu entwickeln, der eine rasche und effektive Umsetzung der ratifizierten Uno-Menschenrechtskonventionen garantiert.

Kritische Reaktionen gab es insbesondere zur Schweizer Asyl- und Migrationspolitik, wobei die Behandlung von Frauen und Migrantenkindern im Speziellen Anlass zu Besorgnis gab. Beunruhigt zeigten sich viele Staaten zudem über die Diskriminierung aufgrund von rassistischen Motiven. Sie forderten die Schweiz auf, ein nationales Gesetz gegen jegliche Form von Diskriminierung zu schaffen und die bereits bestehenden Mittel im Kampf gegen den Rassismus zu verstärken.

Schweizer NGO-Koalition für die Universelle periodische Überprüfung (UPR) der Schweiz

Zur Sprache kam auch die Einbürgerungsinitiative, über die am 1. Juni abgestimmt wird. Viele Staaten äusserten sich sehr besorgt über das vorgeschlagene Verfahren zum Erhalt des Schweizer Bürgerrechts, das eine grosse Gefahr für Missbrauch und Ungleichbehandlung darstellt. Kritisiert wurde auch der fremdenfeindliche Charakter der laufenden Abstimmungskampagne.

Die NGO-Koalition bedauert, dass sich die Schweiz weiterhin weigert, die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechte als einklagbare Grundrechte für Einzelpersonen anzuerkennen. Die Haltung der Schweiz, Menschenrechte «à la carte» zu gewähren, schwächt die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte und könnte eine gefährliche Lücke in diesem sensiblen Bereich öffnen.

Die NGO-Koalition¹ wurde im November 2007 gegründet mit dem Ziel, einen gemeinsamen Bericht zuhanden des Uno-Hochkommissariats für Menschenrechte zu verfassen. Rund 30 Organisationen haben sich an der Erstellung dieses Berichts beteiligt.

Den Bericht der NGO-Koalition sowie weiter Informationen zu Thema finden Sie auf:
http://www.humanrights.ch/home/upload/pdf/080228_UPR-Bericht_NGO-Koalition.pdf

Sandra Imhof, Koordinatorin der NGO-Koalition, steht für weitere Informationen gerne zur Verfügung: 031 307 22 44

¹ Folgende Organisationen sind Mitglieder der Schweizer UPR Koalition: ACOR SOS Racisme, Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT), alliance sud, Schweizer Sektion von Amnesty International, Association pour la prévention de la torture (APT), ATD Vierte Welt, Caritas, Centre de conseils et d'appui pour les jeunes en matière de droits de l'homme (CODAP), Collectif de soutien aux sans-papiers, Ecole Instrument de Paix, Egalité Handicap, Erklärung von Bern, Fastenopfer, Fédération Internationale des Droits de l'Homme (FIDH), FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN Schweiz), Förderverein Menschenrechtsinstitution Schweiz, Fraueninformationszentrum Zürich (FIZ), Gesellschaft für bedrohte Völker, Humanrights.ch/Mers, Juristinnen Schweiz, Lesbensorganisation Schweiz (Los), Ligue suisse des droits de l'homme, Netzwerk Kinderrechte Schweiz, NGO-Koordination post Beijing Schweiz, Pink Cross, PLANeS – Schweiz. Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit, Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Schweizerische Stiftung des internationalen Sozialdienstes, Swissaid, Stop Suicide, Terre des hommes – aide à l'enfance, World Organisation Against Torture (WOAT).